

Dezernat V Sozialamt Herr Parpart, Tel. 2945 Bremerhaven, 27.01.2023

Vorlage Nr. V-S 8/2023		
für die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Antrag der SPD-, CDU- und FDP-Fraktion vom 27.01.2023: Wohnungslose Menschen in Bremerhaven

In Bremerhaven begegnen uns in den unterschiedlichsten Stadtteilen immer wieder Mitbürgerinnen und Mitbürger deren Lebenslagen offensichtlich unter dem Begriff der Wohnungsnotfälle einzustufen sind.

Wohnungslosigkeit scheint auch in unserer Stadt zuzunehmen und ist deshalb im Straßenbild unübersehbar. Durch die steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten könnte sich diese Situation noch verschärfen und die Zahl derer, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, weiter ansteigen lassen.

Wir benötigen eine Analyse der bestehenden Hilfestrukturen und konkrete Angaben darüber, welche Entwicklungsbedarfe gesehen werden und welche Unterstützung der täglichen Arbeit notwendig ist, die zu einer Optimierung der Wohnungsnothilfe führen kann.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung möge beschließen:

- 1. Der Magistrat wird aufgefordert, einen Sachstandsbericht über die Situation von wohnungslosen/obdachlosen Menschen in Bremerhaven abzugeben, insbesondere über die bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangebote und die aktuelle Entwicklung.
- 2. Der Magistrat wird aufgefordert, gemeinsam mit den wesentlichen Trägern der Wohnungsnotfallhilfe und den zuständigen kommunalen Stellen zu prüfen, welche Maßnahmen/Konzepte erforderlich sind, um zur langfristigen Vermeidung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit beizutragen. Zu prüfen, ob das Konzept Housing First und Little Homes für unterschiedliche Personenkreise ein weiterer (und kein ersetzender) Baustein im bestehenden Hilfesystem sein kann.
- 3. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und wie an der Gemeinschaftsunterkunft eine Unterbringung von Hunden sowohl innerhalb als auch außerhalb der Unterkunft erfolgen kann.
- 4. Für die geforderten Prüfungen bzw. für deren Umsetzung sind absehbare Finanzierungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Fatih Kurutlu SPD-Fraktion Thomas Ventzke CDU-Fraktion

Bernd Freemann FDP-Fraktion